

Es sehe um Europa schlecht aus, wenn sein Frieden von seiner Währungsordnung abhängt

Der Euro funktionierte, solange die Rahmenbedingungen und eine stabile gemeinsame Währung für alle ein Vorteil waren. Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Ein stabiler Euro ist nicht mehr für alle ein Vorteil, da Anpassungsreaktionen über Währungsänderungen ausgeschlossen sind und der Euro nicht mehr für alle der Garant ist, sich preiswert verschulden zu können.

Griechenland hat schlicht jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt und deutlich mehr verbraucht, als das Land selbst produzierte. Das notorische Defizit wurde zum Teil durch Zahlungen der Europäischen Union, zum Teil durch Kredite gedeckt. Der letztlich erschlichene Beitritt zum Euro war für Griechenland vor allem deshalb so wichtig, weil damit die Finanzierungskosten der Verschuldung gesenkt werden konnten. Der Euro wirkte für Griechenland daher wie eine Preissenkung für Alkohol auf Trinker! Das alles ging bis 2008 gut, obwohl die finanzierenden Banken um die strukturellen Probleme Griechenlands wussten.

Irland war lange wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich; das Pro-Kopf-Einkommen der Insel liegt heute noch deutlich über dem deutschen. Die seit Ausbruch der Finanzkrise explodierende Staatsverschuldung ist hier eine Folge des drohenden Kollapses des irischen (und eines Teils des europäischen) Bankensystems, der mit Staatsmitteln um jeden Preis verhindert werden soll. Irland wird zum Zauberlehrling, der die Geister (in diesem Fall die renditesuchenden Banken wie die HRE, denen man Sonderkonditionen einräumte) nicht mehr los wird, die er einst in den goldenen Zeiten des Immobilienbooms rief.

Die **spanische** Staatsverschuldung ist bis heute niedriger als die deutsche, und auch der Bankensektor südlich der Pyrenäen hat unter der Bankenkrise erheblich weniger gelitten als sein deutsches Pendant. Das Land leidet allerdings sehr viel stärker als Deutschland unter dem Ende des Immobilienbooms, dem eigentlichen Träger des jahrelangen Wirtschaftshochs auf der Iberischen Halbinsel, der nicht nur deren Küsten unwiederbringlich verändert hat. Das Ende des Booms stürzte und stürzt Spanien in eine schwere ökonomische Depression, aus der ein rascher Ausweg nicht in Sicht ist, da die Wirtschaftsstruktur des Landes insgesamt zu stark auf den Immobiliensektor ausgerichtet war.

Vertrauensschwund der Gläubiger

Der Euro hat offensichtlich mit den Problemen dieser Länder nichts zu tun; besten- oder schlechtestenfalls erleichterte er seinerzeit die Kreditaufnahme und verhindert durch seine Stabilität derzeit eine massive Währungsabwertung als Anpassungsreaktion. Der Grund der Probleme der sogenannten PIIGS-Staaten ist vielmehr, dass mit Ausbruch der internationalen Finanz- und Währungskrise und ihrer Bekämpfung durch staatliche, kreditfinanzierte Hilfsprogramme das Vertrauen der Gläubiger in die Zahlungsfähigkeit der Schuldner dort zurückging, wo offenkundig Zahlungsausfälle wahrscheinlicher wurden. Dieser Vertrauensschwund führte zu verschlechterten Ratings der Kreditagenturen einerseits, zu steigenden Risikoprämien (Zinsen) für neue Kredite andererseits.

Da sich alle Staaten laufend refinanzieren müssen, hieß und heißt das für die PIIGS, dass die Kosten ihrer Refinanzierung dramatisch zunehmen, ja die Gefahr von Zahlungsausfällen bis hin zum Staatsbankrott droht. In diesem Zusammenhang die Schuld an der Krise mancher Staaten den Rating-Agenturen und ihren harschen Bewertungen zu geben, wie es zahlreiche Politiker Europas taten, ist geradezu witzig, waren es doch dieselben Politiker, die kurz zuvor den Rating-Agenturen vorgeworfen hatten, durch ihre laschen Bewertungen die Finanzkrise mitverursacht zu haben. Auch der Verweis auf die notorischen Spekulanten kann bestenfalls als eine Art Schadenszauber angesehen werden, weiß doch mittlerweile jedes Kind, dass die Probleme nicht auf Spekulation zurückzuführen sind, sondern nicht selten auf handfeste Misswirtschaft.

Rhetorik der Alternativlosigkeit

Hier liegt der Kern des Problems: Nach dem Ende der großen Party geht es um die Frage, wer deren Kosten übernimmt. Die Alternativen scheinen nicht sonderlich zahlreich. Entweder die Gläubiger der PIIGS verzichten auf einen Teil, unter Umständen den Großteil, ihrer Forderungen, oder die hochverschuldeten Staaten erhalten Finanzierungshilfe von anderer Seite, weil sie selbst nur begrenzt zahlungsfähig sind bzw. ein explodierender Schuldendienst ihre politische Stabilität gefährden könnte. Da, sollten die Gläubiger (u.a. die Banken, Fonds, aber auch Privatleute) über Umschuldungen, schlimmstenfalls über Staatsbankrotte zur Kasse gebeten werden, allerdings umfangreiche Folgen vermutet werden (weitere Bankzusam-

menbrüche etc.), schrecken das Brüsseler Establishment und die Regierungen jener Länder, deren Banken hohe Zahlungsausfälle zu erwarten hätten, vor einem Offenbarungseid der Schuldner zurück und plädieren stattdessen für Finanzierungshilfen im Rahmen der Europäischen Union. Dazu muss man allerdings den bisher gültigen Stabilitätspakt, den man freilich so genau auch nicht nahm, aufkündigen und die No-bail-out-Klausel über Bord werfen.

Das ist insbesondere in Deutschland, wo der Euro nur unter wiederholten Stabilitätsschwüren einer zögerlichen Öffentlichkeit aufgezwungen werden konnte, außerordentlich unpopulär, ist es doch, von seinen möglichen finanziellen Folgen abgesehen, auch das Eingeständnis, dass politische Schwüre nur so lange halten, wie sie nicht getestet werden. **Anstatt aber zukünftig auf derartige Schwüre zu verzichten, legt die deutsche Politik derzeit sogar noch nach und malt die drohende Euro-Katastrophe und das Ende des deutschen Wohlstands an die Wand, sollte den betroffenen Staaten nicht durch den deutschen Steuerzahler geholfen werden.**

Das erinnert ein wenig daran, dass Außenminister Fischer seinerzeit im Kosovo ein neues Auschwitz verhindern wollte. Aus der Krise des Euro-Raumes, aus der Frage, ob es sinnvoll ist oder nicht, die No-bail-out-Klausel zu brechen, die man ja ganz nüchtern besprechen kann, wird so eine Frage des politischen Klimas in der Bundesrepublik, in der die Bevölkerung mit einer zweifelhaften „There is no alternative“-Rhetorik zur Akzeptanz von etwas gebracht werden soll, das sie eigentlich ablehnt. **Man muss aufpassen, dass aus der vermeintlichen Krise des Euro daher nicht sehr schnell eine Krise der politischen Kommunikation in Deutschland wird, zumal der so erzwungene Ausweg wirtschaftlich außerordentlich riskant ist.**

Entscheidend ist nicht die Währung, sondern ihre jeweilige Stabilität

Aber bevor nun einer weiteren Krise das Wort geredet wird, ist zumindest kurz zu prüfen, ob die beschworenen Gefahren für die Wirtschaft des Euro-Raums und der Bundesrepublik nicht in der Tat bestehen. Eines der geradezu gebetsmühlenhaft vorgetragenen Argumente ist, die Bundesrepublik sei der Hauptprofiteur des Euro und müsse daher ein massives Interesse an dessen Erhaltung haben. Dass die Bundesrepublik Deutschland von einer stabilen Währung, heiße sie nun D-Mark oder Euro, Vorteile hat, ist unstrittig. Die gesamte Sozialpartnerschaft in der Bundesrepublik mit ihrer sehr erfolgreichen produktivitätsorientierten Lohnpolitik setzt eine stabile Währung voraus. Die

Unternehmen in Deutschland haben zudem gelernt, mit einer starken Währung ohne Probleme zurechtzukommen. Der Euro ist für sie zumindest bisher das, was die D-Mark ohnehin schon immer war: ein stabiler monetärer Rahmen.

Eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Sozialsystem würde hingegen von einem schwachen, labilen Euro ausgehen. Von daher ist die derzeit diskutierte Alternative – Euro: ja oder nein – gar nicht das Problem. Die zu diskutierende Frage wird durch derartige Scheinalternativen nur verdeckt: Es geht um die Frage, ob der vorgesehene Kriseninterventionsmechanismus und die zumindest mögliche Transferunion nicht auf Dauer die Stabilität der Währung in Frage stellen. Sollte das der Fall sein, wird die Bundesrepublik gar nicht anders können, als von sich aus zu einer starken Währung zurückzukehren.

Was ist ein angemessenes Währungssystem für die Europäische Union? Und die Antwort ist offen, ja muss offen sein, um eine nüchterne, an monetären und wirtschaftlichen Sachproblemen ausgerichtete Diskussion überhaupt erst zuzulassen. Stattdessen wird aus vermeintlicher oder wirklicher Angst vor dem Untergang dem Bestehenden das Wort geredet und jede Alternative dazu geradezu dämonisiert.

(FAZ, 6.1.11, „Der Euro ist nicht unser Schicksal“, Werner Plumpe lehrt Wirtschaftsgeschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Zuletzt erschien von ihm „Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart“ (C.H. Beck Verlag, 2010).